Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Gemeinsame Erklärung zur Förderung von historisch-politischer Bildung an außerschulischen Geschichtsorten in Baden-Württemberg

zwischen:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, vertreten durch Frau Staatssekretärin Boser

Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL), vertreten durch den Präsidenten Dr. Riecke-Baulecke

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), vertreten durch die Direktorin Sibylle Thelen

Landesarchiv Baden-Württemberg, vertreten durch den Präsidenten Prof. Dr. Gerald Maier

Haus der Geschichte Baden-Württemberg, vertreten durch Frau Dr. Caroline Gritschke

Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG), vertreten durch Herrn Thomas Stöckle

Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive Baden-Württemberg, vertreten durch Prof. Dr. Ulrich Nieß

Arbeitsgemeinschaft Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, vertreten durch Prof. Dr. Wolfgang Sannwald

Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, vertreten durch die Leiterin der Erinnerungsstätte Frau ArchOR'in Dr. Elisabeth Thalhofer

1. Zielsetzung

Die Auseinandersetzung mit historischen Erfahrungen von Diktatur, mit dem Ringen um Demokratie und mit der Errichtung demokratischer Strukturen in der deutschen Geschichte fördert das Bewusstsein von Schülerinnen und Schüler für die Bedeutung und den Wert von Demokratie und gesellschaftlicher Partizipation, von Pluralismus und Freiheit für ein friedliches Miteinander. Regionale Geschichtsorte, wie Gedenkstätten, Archive, Museen und andere Formate (außerschulische Geschichtsorte), tragen in besonderem Maße zur historischen Aufarbeitung, pädagogischen Vermittlung und öffentlichen Erinnerung dieser Themen bei. Dabei bietet der regionalgeschichtliche Zugriff eine besondere Chance für Schülerinnen und Schüler, diese historisch-politischen Prozesse auch in ihrer Region wahrzunehmen. Auf diese Weise wird Demokratie für die Schülerinnen und Schüler vor Ort greif- und erlebbar. Ein enger Kontakt zwischen Schulen und außerschulischen Lernorten schafft die Möglichkeit, dass die Schülerinnen und Schüler die Relevanz von Geschichte in und für ihre eigene Lebenswelt und Zeit am konkreten Beispiel vor Ort erkennen und bewerten können.

Mit seinem dichten Netz außerschulischer Geschichtsorte besitzt Baden-Württemberg beste Voraussetzungen für ein flächendeckendes Angebot lokaler oder regionaler Erinnerungskultur. Das didaktische Potenzial dieser Regionalgeschichte liegt in besonderem Maße in der Konkretion, der Anschaulichkeit und der Exemplarität.
Zu diesem Zweck unterstützen die Unterzeichnenden die Schulen in allen Regionen Baden-Württembergs dabei, Kooperationen mit außerschulischen Geschichtsorten zur historisch-politischen Bildung in Baden-Württemberg auf- bzw. auszubauen, zu sichern, zu institutionalisieren und weiterzuentwickeln.

Angestrebt wird eine qualitative und kooperative regionale Zusammenarbeit in Form von Bildungspartnerschaften, die die spezifische Situation vor Ort, die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie die der Geschichtsorte und Schulen berücksichtigt.

Dadurch soll Schülerinnen und Schüler Demokratie als konkretes Prinzip, das ihnen in ihrer Lebenswelt begegnet, veranschaulicht werden und das Demokratieverständnis von Schülerinnen und Schülern gefördert werden. In besonderem Maße geeignet erscheint dabei die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus, mit der Geschichte der Vielfalt im Südwesten und mit dem Ringen um Partizipation und Demokratie im 19. und 20. Jahrhundert.

Dieses Angebot soll sich an Schülerinnen und Schüler aller Schularten, mit besonderem Schwerpunkt auf den Sekundarstufen I und II richten.

Durch den Ausbau und die Pflege von Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und den genannten Geschichtsorten als außerschulischen Partnern wird die historisch-politische Bildung von Schülerinnen und Schülern gestärkt und die Wertschätzung für sowie die Teilhabe am erinnerungskulturellen Erbe einer Raumschaft gefördert. Dadurch erfährt die historisch-politische Bildung im Schulunterricht eine bedeutsame Erweiterung und Vertiefung im regionalen Nahraum. Die lokale Erinnerungskultur bzw. das lokale kulturelle Gedächtnis ermöglichen es, gesellschaftspolitisch relevante Themenbereiche wie z. B. „Freiheit – Diktatur", „Menschenrechte – Verfolgung" oder auch „kulturelle Vielfalt – Ausgrenzung" am lokalgeschichtlichen Beispiel forschend-entdeckend zu bearbeiten, individuell aufzubereiten und als relevant für die eigene Person wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund sollen die Bildungspartnerschaften nach lokalen und regionalen Voraussetzungen gestaltet sein, die dem Grundprinzip folgen: „Vom Ort her denken, was möglich und sinnvoll ist."

2. Formen der Kooperation

Die Kooperationen können u. a. Führungen und Besuche, Selbsterkundungen (auch mit digitalen Medien), ganztägige Quellenarbeit und (fächerübergreifende) Projektarbeit, "Schüler führen Schüler"-Formate (Schülerguides) oder die Beteiligung an der lokalen Erinnerungskultur bzw. an Veranstaltungen am Lernort umfassen. Es ist angestrebt, dass zur Verstetigung der Kooperation Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und den jeweiligen Lernorten vor Ort geschlossen werden.

Bildungspartnerschaften sollen die Zusammenarbeit zwischen Schulen, außerschulischen Lernorten bzw. Institutionen (Archiven, Gedenkstätten, Museen) intensivieren und verstetigen. Im Sinne einer nachhaltigen Gestaltung der Kooperation gehören schriftlich fixierte **Vereinbarungen**, der regelmäßige **Austausch** der beiden Partnerinstitutionen sowie eine konzeptionelle **Einbindung** der Partnerschaft in das schulische Curriculum oder Leitbild zu den notwendigen Standards einer solchen Bildungspartnerschaft. Die Partnerschaft sollte gewährleisten, dass beide Seiten davon profitieren.

3. Zusammenarbeit

Es ist dabei erforderlich, dass die Geschichtsorte und deren Personal, die Schulen und die Lehrkräfte sowie die Lehramtsstudierenden Anregungen und Hilfestellungen erhalten. Dazu arbeiten die Unterzeichnenden bei der Bereitstellung von Fortbildungs-, Material- und Beratungsangeboten und Austauschformaten für Geschichtsorte, Schulen, Lehrkräfte und Lehramtsstudierende zusammen.

Die Partner benennen jeweils in eigener personeller und finanzieller Verantwortung eine Projekt-Koordinatorin / einen Projekt-Koordinator, der / dem die Kooperation zwischen den Partnern und die Koordinierung der operativen Aufgaben obliegen.
Die Partner benennen in eigener personeller und finanzieller Verantwortung einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin für ihre Einrichtungen. Diese können bei bereits bestehenden Kontakten zu Schulen beraten.
Die Partner vereinbaren ein jährliches Treffen, um die Fortschritte im Rahmen der Kooperation zu bewerten und Bereiche zu identifizieren, in denen sie noch vertieft werden kann.

4. Aufgaben des ZSL

Das Kompetenzzentrum für Geschichtliche Landeskunde des ZSL bietet im Auftrag des Kultusministeriums regelmäßig Fortbildungen bzw. Fachtage zur Förderung von Bildungspartnerschaften an und erstellt Unterrichtsmaterialien sowie Informationsmaterial dazu. Es berät auch auf Anfrage Schulen bei der Einrichtung von Bildungspartnerschaften und multipliziert das Konzept in den Seminaren für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an Schulen. Das Kompetenzzentrum für Geschichtliche Landeskunde des ZSL übernimmt koordinierende Aufgaben im Rahmen der Zusammenarbeit, wie bspw. die Projektsteuerung und konzeptionelle Weiterentwicklung.

Das ZSL schreibt die von den Partnern angebotenen Fortbildungen zu den Bildungspartnerschaften als amtliche Fortbildungen im Portal LFB-online aus. Damit erstattet das Land Baden-Württemberg an den Fortbildungen teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern die Reisekosten und gewährt Dienstunfallfürsorge.

5. Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, des Landesarchivs Baden-Württemberg, des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, der LAGG, der Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive BW, der Arbeitsgemeinschaft Kreisarchive beim Landkreistag BW und der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte

Die Landeszentrale für politische Bildung, das Landesarchiv Baden-Württemberg, das Haus der Geschichte Baden-Württemberg, die LAGG, die Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive BW, die Arbeitsgemeinschaft Kreisarchive beim Landkreistag BW und die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte bieten – im Rahmen ihren jeweiligen Möglichkeiten – Fortbildungen an, erstellen Module und Praxisangebote, beraten und unterstützen Schulen bei Projektarbeiten und öffnen ihre Einrichtungen für Besuche und Praxistage von Schulklassen und Schulen. Sie gehen Bildungspartnerschaften mit Schulen zur Verstetigung der Zusammenarbeit ein und machen diese Bildungspartnerschaften innerhalb ihrer Institutionen und im lokalen Umfeld bekannt.

6. Finanzierung

Jeder Partner trägt im Rahmen seiner bisherigen Aufwendungen die Kosten selbst. Bestehende Kooperationen werden nicht berührt. Künftige Entwicklungen werden unter den Partnern abgestimmt.

Stuttgart, den 9. November 2021

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, vertreten durch
Frau Staatssekretärin Boser

Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL), vertreten durch
den Präsidenten Dr. Riecke-Baulecke

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), vertreten durch die
Direktorin Sibylle Thelen

Landesarchiv Baden-Württemberg, vertreten durch den Präsidenten Prof. Dr. Gerald Maier

Haus der Geschichte Baden-Württemberg, vertreten durch Frau Dr. Caroline Gritschke

Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-
Württemberg (LAGG), vertreten durch Herrn Thomas Stöckle

Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive Baden-Württemberg, vertreten durch
Prof. Dr. Ulrich Nieß

Arbeitsgemeinschaft Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, vertreten durch Prof. Dr. Wolfgang Sannwald

Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, vertreten durch die Leiterin der Erinnerungsstätte Frau ArchOR'in Dr. Elisabeth Thalhofer